

1)

Haushaltsrede der SPD Fraktion im Rat der Stadt Olfen -2023

Multiple Krisen, Sparen, Not, Lockdown, verringerte Einnahme, enorme Herausforderung für die Kommunen, Hilfspakete, historische Investitionssumme...

Mit u.a. diesen Worten wies unser Bürgermeister in seiner Rede anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs in der Ratssitzung am 13.12.2022 auf die ökonomische Situation der letzten zwei Jahre hin, die den Olfener Haushalt wirtschaftlich stark herausforderte.

Den unser Kämmerer aber trotz allem als tragfähig und fair ausgeglichen bezeichnet;

Olfen ist erneut schuldenfrei.

Gezeitigt wird die seit Jahren bestehende Schuldenfreiheit durch eine solide Finanzpolitik insbesondere seit 2016 auf Grundlage eines finanzpolitischen Programms zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit mit stärkerer Konzentration auf die kommunale Kapital- und Liquiditätsplanung.

Die, mit Hilfe der beschlossenen Konsolidierungsliste nach Aussage des Bürgermeisters bereits eingesparten Millionen, lassen keinen Zweifel daran, dass das in der Zeit Angesparte nun in der Not verfügbar ist und der Fokus auch weiterhin unverzichtbar auf der Vorsorge liegen muss. Die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt muss weiterhin oberste Priorität haben.

Die SPD Fraktion fordert auch zukünftig ein Vorgehen mit Augenmaß, welches eine kontinuierliche Überprüfung aller Aufgaben, Ausgaben und Standards inkludiert sowie den Verzicht auf Projekte, wie z. B. der „Traugarage“, die den Haushalt vor dem Hintergrund zweier bereits bestehender Möglichkeiten, den Bund der Ehe zu schließen, mit einer unverhältnismäßigen Investition belastet

oder

trotz ihrer Förderungswürdigkeit Liquiditätslücken hervorrufen würde – seitens der Verwaltung dahingehend beantwortet, ausschließlich geförderte Maßnahmen zur Umsetzung gelangen zu lassen.

Hierzu gehören aktuell vorrangig die Investitionen mit hohem Geldmittelabfluss wie z.B. die mit 8,3 Mio. € veranschlagte Erweiterung und Sanierung des Rathauses, welches mit 5,3 Mio. € aus der Städtebauförderung inklusive einer zusätzlichen Förderung auf Grund seiner städtebauliche Bedeutung bedacht wird. Desgleichen wurde Olfen aus Landes-Fördermittel für „Moderne Sportstätten 2022“ ebenso großzügig berücksichtigt wie bei der Förderung zur Entwicklung der Innenstädte und Zentren. Der Bund unterstützt zudem mit 2 Mio. € die mit ca. 6 Mio. € veranschlagte Sanierung des Hallenbads.

Die damalige Intention schlägt sich gegenwärtig in der Ausgangslage, die mit Stand vom 31.12.2021 ein Eigenkapital in zweistelligem Millionenbetrag aufweist und 2022 mit einem geplanten Überschuss von 5 Mio. plus X abschließt, nieder. Die Steuern- und Gebührenlast für die Bürger bleibt weitestgehend auf gleichem Niveau. Eine Aufnahme von Krediten ist nicht geplant.

Das steht für Stabilität.

2)

Spricht man von einem guten Haushalt über einen Haushalt, der mindestens eine schwarze 0 aufweist, so zeigt dieser, trotz der bereits bestehenden und künftig zu erwartenden Herausforderungen, der Rückzahlungsverpflichtung aus den Isolierungen, der Verringerung der Schlüsselzuweisungen und erneuter Erhöhung der Allgemeinen- und Jugendamtsumlage auf 9,5 Mio. € ,mit einem geplanten Plus von über einer Millionen € für 2023 und nach wie vor vorhandener Liquidität, für die meisten Kommunen graphisch nicht mehr darstellbar, mit jetziger bereits hoher und bis 2024 prognostisch sich erhöhender Summe - dass es ein **sehr guter** Haushalt ist...

Dieser muss sich auch weiterhin der Generationengerechtigkeit verpflichtet fühlen und im Sinne aller Bürger, von Geburt bis zum Lebensende, Wege zur infrastrukturellen Gestaltungsfähigkeit in der Daseinsvorsorge, in Bereichen wie Versorgung und Entsorgung, Wohnen, Gesundheit, Pflege, Betreuung und Förderung, Schutz und Sicherheit, Klima-und Naturschutz, Bildung und Arbeit, Digitalisierung, Wirtschaftsförderung, Mobilität, Integration und Inklusion, Freizeit und Tourismus, Kultur, Ehrenamt etc....ebnen.

Die Kommunalpolitik als staatliche Ebene, die den Bürgerinnen und Bürger am nächsten ist, ist die Basis eines funktionierenden sozialen und demokratischen Rechtsstaats. In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und welche Zukunftschancen sich ihnen bieten. Hierbei obliegt der Verwaltung und den gewählten Vertretern eine große Verantwortung.

Wer einen, vor allem sehr guten Haushalt ablehnt, der beweist, dass er Kommunalpolitik nicht verstanden hat.

Denn damit wird :

- der Verwaltung die Handlungsgrundlage entzogen und somit die Realisierung notwendiger Maßnahmen sowie die kontinuierliche Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens verhindert.  
überdies
- die im Dezember 2022 einstimmig beschlossene Fortschreibung des bereits umfangreichen Klimaschutzkonzepts mit ambitioniertem Ziel der Erreichung der Klimaneutralität in ohnehin nur 12 Jahren, als Sicherung unseres Lebensraums, gefährdet.

Da bislang im Haushalt ausreichend finanzielle Mittel für notwendige Investitionen eingestellt worden sind und diesbezüglich keine Änderung beabsichtigt ist, bedarf es unseres Erachtens keiner prophylaktischen Einstellung größerer Summen. Insbesondere dann nicht, wenn interfraktionell Konsens über die unabdingbare Notwendigkeit und dementsprechend die Verpflichtung zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen wie im Klima- und Naturschutz bestehen.

Sicherheit, Stabilität und Kontinuität schaffen Vertrauen.

Vertrauen in unsere Stadt und seine Bürger, trotz vermehrter Aufgaben, steigender und kaum kalkulierbarer finanzieller und humanitärer Herausforderungen wie die Folgen der Corona Pandemie, des Ukraine- Kriegs, der Inflation und Energiekrise sowie der Klimaveränderungen zu bewältigen.

3)

Trotz erheblicher Einschränkungen durch entfallene Steuereinnahmen, wirtschaftlicher Rezession, steigender Energiekosten, der Folgen des Ukraine-Kriegs und der bereits bestehenden Zuwanderung sowie zusätzlicher Kosten im Gesundheitswesen und weiterer notwendiger Zahlungen auf Grundlage der Sozialgesetzgebung, die, mit dem Griff auf die Rücklagen, insgesamt fernab der Verwaltung unverschämt vorgeworfener „Gewinnmaximierung“, stehen, wurden gemeinsam mit Verwaltung und Politik umfangreiche kostenintensive Hilfen zur Abwendung humanitärer und ökonomischer Schäden durch z.B. Corona- Hilfspakete geleistet und sind zukünftig weitere Aufwendungen unabdingbar.

Ein in diesem Zusammenhang hoher Haushaltsmittelabfluss in Höhe vom 1,4 Mio. € ist für die Errichtung einer weiteren Flüchtlingsunterkunft am Borker Landweg erforderlich; Olfen beherbergt derzeit 432 Flüchtlinge.

Unterkünfte ersetzen sicherlich nicht eigene Wohnungen, doch bieten sie menschenwürdigere Lebensbedingungen als in z.B. Turnhallen, Zelten oder ausgepumpten Schwimmbecken.

Das Thema „Wohnen“ ist und bleibt in allen Städten weiterhin die soziale Frage nicht nur der Gegenwart! In diesem Zusammenhang ist schwer verständlich, weshalb verwaltungsseitig keine Bebauung des Grundstücks durch den Abriss des Hauses Neustr. 5 beabsichtigt ist.

Bereits 2020 forderte die SPD die Errichtung bezahlbaren und sozialen Wohnungsbaus unterschiedlicher Größe und regte die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft an- hierin besteht unserer Meinung nach auch nicht zuletzt vor o.g. Hintergrund weiterhin Nachholbedarf.

Olfen war und ist in der bevorzugten Lage der Vermarktung neuer Bau- und Gewerbegebiete, durch welche im Bunde mit dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer als stärkste Einnahmequelle und der Umsatzsteuer im Wesentlichen notwendige finanzielle Mittel erwirtschaftet werden. Zudem bieten weiterhin niedrige Hebesätze bei den Grund- und Gewerbesteuern, bei letzterer wird gegenwärtig mit einem Ertrag von 8,2 Mio. € gerechnet, nicht nur Anreize für Bauwillige und Investoren, sondern, wie zu erkennen, zunehmend auch für einkommensrelevante Firmen und werden hierdurch gewichtige Arbeitgeber in Olfen sesshaft.

Mit zu erwartendem Bevölkerungszuwachs erhöht sich der Bedarf der infrastrukturellen Anpassung sowohl bei den Betreuungsangeboten im Bereich der vorschulischen- und schulischen Bildung. Ersteren soll mit Eröffnung neuer Kitagruppen Rechnung getragen werden.

Nach dem Umbau der Grundschule vor 5 Jahren fiel bereits die schon zum damaligen Zeitpunkt seitens der SPD im Vorfeld bemängelte nicht ausreichende Platzkapazität zu Gunsten der Öffnung zum Vitus-Park auf. Dem damals schon eingeplanten Expansionsbedarf soll nun mit Erweiterung begegnet werden, die ebenso die Bereitstellung von Klassenräumen wie eine adäquate Unterbringung der Offenen Ganztagschule, deren Platzvergabe künftig über ein Punktesystem fairer gemacht werden soll, inkludiert. Hierdurch entstehen erneut Kosten, die den Haushalt in voller Höhe belasten, da sie nicht durch Fördermittel reduziert werden können sowie für die Instandsetzung baubedingter Schäden und ist die Lösung nur mit einer Verkleinerung des Schulhofes realisierbar. Kosten, die bei damaliger weitsichtigerer Planung auf der Grundlage eines aktuellen Schulentwicklungsplans hätten reduziert werden können.

4)

Zum Kontext Schule gehört in Olfen ebenso die Schulwegsicherung inklusiver der Optimierung der Situation vor der Schule, welcher nach wenig effektiver Einrichtung einer Hol- und Bringzone, nun die Installation einer Schranke, die die Zufahrt zum Lehrerparkplatz zu Unterrichtszeiten, auch der Volkshochschulkurse, verhindern soll, folgt.

Erfreulich sind zudem der hohe Zulauf bei der Gesamtschule sowie die positive Annahme des neuen Mensakonzpts.

Nach der Errichtung des Skateparks hat kein Vorhaben die Bürgerschaft so gespalten wie das Millionenprojekt „Neue Stever“, in welchem Diskussionen über notwendige Abwägungsprozesse zwischen Zuständigkeit, Kosten, Nutzen, Schaden, ökologischer Gewinn, die nicht nur in Sitzungen und Bürgeranhörungen, sondern auch Leserbriefen Platz fanden und den Bürgermeister zusätzlich durch Missverständnisse in eine Erklärungs- und Aufklärungssituation brachten und - bei dem letztlich ungeachtet des Ratsbeschlusses, eine Realisierung jederzeit wieder Diskussionsgegenstand werden kann.

Die SPD Fraktion steht auch künftig für eine solide, wirtschaftliche und dennoch gestaltende Finanzpolitik und stimmt in diesem Sinne dem Haushaltsplan 2023 zu.

Wir sprechen der Verwaltungsspitze, dem Kämmerer sowie allen an der Erstellung des Haushaltsplans Beteiligten unseren Dank für die geleisteten, enormen Bemühungen und ihre hervorragende Arbeit aus.

Unserem sehr geschätzten Kämmerer und Beigeordneten Günther Klaes wünschen wir für seinen weiteren Lebensweg von Herzen alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit und noch viele schöne gemeinsame Jahre mit seiner Familie.